



Rechtsausschuss

2. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

6. Oktober 2010

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:40 Uhr bis 15:00 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Rechtsfrieden sichern, Gerechtigkeit durchsetzen – Rechtspolitische Ziele der Landesregierung für die 15. Legislaturperiode** (Berichtsbitte des Ministers, s. Anlage) **5**

- 2 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Düren, die durch Beschluss des Braunkohleausschusses am 5. Dezember 2008 aufgestellte und mit Bescheid vom 19. Juni 2009 des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen genehmigte Änderung des Braunkohlenplans Inden, Räumlicher Teilabschnitt II, verletze die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der kommunalen Selbstverwaltung** **23**

VerfGH 10/10
Vorlage 15/55

¹ vertr. Teil zu TOP 6 s. vAPr 15/5

Der Ausschuss schlägt dem Landtag vor, keine
Stellungnahme abzugeben.

3 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Nachtragshaushaltsgesetz 2010) 24

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/200 (hier: Einzelplan 04)

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, sich als Rechtsausschuss an der Anhörung zum Nachtragshaushalt unter Federführung des Haushalts- und Finanzausschusses nur nachrichtlich zu beteiligen, erhebt sich kein Widerspruch.

4 Benennung der Immunitätsbeauftragten (§ 82 Abs. 2 GO i. V. m. Anlage 7) 25

Die jeweiligen Fraktionen benennen als „Immunitätsbeauftragte“:

Harald Giebels (CDU)
Sven Wolf (SPD)
Dagmar Hanses (GRÜNE)
Dr. Robert Orth (FDP)
Michael Georg Aggelidis (LINKE).

5 Kommission des Rechtsausschusses für das Vollzugswesen im Land Nordrhein-Westfalen (s. Anlage) 26

Aus dem Ausschuss erhebt sich gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, entsprechend den Gepflogenheiten in den vergangenen Legislaturperioden die Kommission mit neun ordentlichen Mitgliedern im Verhältnis 3:3:1:1:1 analog zu den Unterausschüssen zu besetzen und Vorsitz sowie stellvertretenden Vorsitz mit Mitgliedern aus den Fraktionen, denen diese beiden Funktionen auch im Rechtsausschuss zuständen, zu bekleiden, kein Widerspruch.

Ebenfalls ohne Widerspruch akzeptiert der Ausschuss die – seit der 11. Wahlperiode in unveränderter Form geltenden – „Grundsätze für die Arbeit der Kommission des

Rechtsausschusses des 15. Landtags für das Vollzugswesen im Land Nordrhein-Westfalen (Vollzugskommission)“

Als ordentliche und stellvertretende Mitglieder der Vollzugskommission werden von ihren jeweiligen Fraktionen benannt:

ordentliche Mitglieder:

Harald Giebels (CDU), Christian Möbius (CDU), Olaf Lehne (CDU), Andreas Bialas (SPD), Nadja Lüders (SPD), Sven Wolf (SPD), Dagmar Hanses (GRÜNE), Kai Abruszat (FDP), Anna Conrads (LINKE)

stellvertretende Mitglieder:

Josef Hovenjürgen (CDU), Arne Moritz (CDU), Dr. Wilhelm Droste (CDU), Thomas Stotko (SPD), NN (SPD), NN (SPD), Hans Christian Markert (GRÜNE), Horst Engel (FDP), Bärbel Beuermann (LINKE).

Als Vorsitzender der Kommission wird Kai Abruszat (FDP), als stellvertretender Vorsitzender Sven Wolf (SPD) benannt.

6 Stand der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen – Love-Parade Duisburg (TOP auf Wunsch des Justizministers) 32

In Verbindung mit:

„Staatsanwaltschaft lehnt Razzia in der Duisburger Stadtverwaltung ab?“ (TOP beantragt von der Fraktion Die Linke, s. Anlage 1)

Und:

„Kripo forderte nach Love-Parade-Unglück vergeblich Razzia“ (TOP beantragt von der Fraktion der FDP, s. Anlage 2)

7 „Envio – Staatsanwaltschaft unter Druck“ (TOP beantragt von der Fraktion der CDU, s. Anlage) 39

8 Verschiedenes 42

a) auswärtige Sitzung des Ausschusses am 3. November 2010 in der JVA Werl 42

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er festhalten könne, dass die auswärtige nichtöffentliche Sitzung unter der Voraussetzung, dass sich die Obleute einigten, in Werl stattfinde, ertönt der Zuruf „Ja!“

b) Terminplan 2011 44

Gegen die Terminvorschläge und den Zeitvorschlag erhebt sich aus dem Ausschuss kein Widerspruch.

c) neutrale Ausstattung der Sitzungsräume im Landtag 44**d) Zusammenlegung der Justizvollzugsanstalten Bielefeld-Senne und Bielefeld-Brackwede II 45**

* * *